

n-tv Online

04.10.2010

Wulffs Einheitsrede wirkt nach

Bundespräsident Wulf erhält für sein Bekenntnis zu "unverkramptem Patriotismus" und zum Islam in Deutschland viel Beifall. Der Zentralrat der Muslime sieht ein klares Signal an seine Glaubengenossen, ihre Vielfalt in Deutschland einzubringen.

Die vielbeachtete Rede von Bundespräsident Christian Wulf könnte neue Impulse für die Debatte um die Integration geben. Wulf hatte am Sonntag bei den Feiern zum Tag der Einheit gesagt, er sei auch der Präsident der Muslime in Deutschland. Wulf habe ein "klares, deutliches und wichtiges Signal für alle Muslime in Deutschland" gegeben, sagte der Zentralrats-Vorsitzende Aiman Mazyek der "Bild"-Zeitung.

"Wulffs Rede war ein Zeichen, dass die Muslime keine Bürger zweiter Klasse sind", sagte Mazyek dem Blatt. In der Vergangenheit seien die Fronten oft verhärtet gewesen. "Doch Wulf hat klar gemacht: Verschiedene Lebensentwürfe und Vielfalt sind erwünscht." Wulf hatte in seiner Rede in Bremen die Einwanderer hierzulande eindringlich zur Integration aufgefordert, die Deutschen aber zugleich zu Offenheit und Toleranz ermahnt: Neben Christen- und Judentum gehöre inzwischen auch der Islam zu Deutschland, sagte er.

Wohltuend anders

In der "Berliner Zeitung" warnte Mazyek vor der Gefahr, dass Menschen angesichts von sozialen und wirtschaftlichen Unsicherheiten auf "Populisten und Scharlatane" hereinfließen. Als Beispiel nannte der Zentralrats-Vorsitzende die umstrittenen Thesen des SPD-Politikers und ehemaligen Bundesbankers Thilo Sarrazin zur angeblichen Bildungsferne muslimischer Einwanderer. Vor diesem Hintergrund sei die Rede Wulffs "wohltuend und differenziert" gewesen.

Der frühere NRW-Integrationsminister Armin Laschet (CDU) lobte Wulffs Rede als "Meilenstein auf dem Weg zur Aufsteigerrepublik für alle, unabhängig von der Herkunft der Eltern". Laschet sagte der "Rheinischen Post": "Wir brauchen eine neue deutsche Einheit, bei der Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte Ja sagen zu unserem Land."

"Das hätten wir gerne schon früher aus Bellevue gehört", erklärte auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Lobenswert seien Wulffs konkrete Vorschläge, in Bildung zu investieren, mehr Integrationskurse anzubieten und islamische Religion von in Deutschland ausgebildeten Imamen lehren zu lassen.

Türkei als Teil der EU

Für Wirbel in der Union dürfte sorgen, dass sich der Bundespräsident offen gezeigt hat für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Die Gespräche mit dem muslimisch geprägten Land müssten "ergebnisoffen geführt werden", sagte Wulf in der ARD. Es gebe Prozesse in der Türkei, "die hohe Aufmerksamkeit verdienen". Das jüngst erfolgte Verfassungsreferendum, das unter anderem die Rechte der Frauen stärken und die Macht des Militärs beschränken soll, ehe "in die richtige Richtung". Manches gehe aber noch nicht weit genug, sagte Wulf. So müsse die Türkei offener gegenüber dem Christentum werden. Wulf wird Mitte Oktober zu einem Staatsbesuch in die Türkei reisen.

Quelle: dpa/AFP